

Hans-Jürgen Puhle



Protest, Parteien, Interventionsstaat

Organisierte Politik und
Demokratieprobleme im Wandel

V&R

Hans-Jürgen Puhle, Protest, Parteien, Interventionsstaat

V&R Academic

Hans-Jürgen Puhle, Protest, Parteien, Interventionsstaat

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft

Herausgegeben von

Gunilla Budde, Dieter Gosewinkel, Paul Nolte,
Alexander Nützenadel, Hans-Peter Ullmann

Frühere Herausgeber

Helmut Berding, Hans-Ulrich Wehler (1972–2011)
und Jürgen Kocka (1972–2013)

Band 216

Vandenhoeck & Ruprecht

Hans-Jürgen Puhle, Protest, Parteien, Interventionsstaat

Hans-Jürgen Puhle

Protest, Parteien, Interventionsstaat

Organisierte Politik und Demokratieprobleme im Wandel

Vandenhoeck & Ruprecht

Mit 2 Abbildungen und 5 Tabellen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 2197-0130

ISBN 978-3-647-37040-8

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: www.v-r.de

Umschlagabbildung: Gears © picture alliance / beyond

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U. S. A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: textformart, Göttingen | www.text-form-art.de

Inhalt

Einleitung 7

POLITISCHE AKTEURE UND PROZESSE IM WANDEL

Parlament, Parteien und Interessenverbände in Deutschland 1890–1914 17

Transformationen des deutschen Konservatismus 1770–1980:
Zehn Thesen 50

Was kommt nach den ›catch-all parties‹?
Parteien zwischen Modernisierung und Fragmentierung 66

Populismus: Form oder Inhalt? Protest oder Projekt? 91

Interessenverbände im Wandel 118

DEMOKRATISIERUNG UND DEMOKRATIEDEFEKTE IM VERGLEICH

Demokratisierungsprobleme in Europa und Amerika 139

›Embedded Democracy‹ und ›Defekte Demokratien‹:
Probleme demokratischer Konsolidierung und ihrer Teilregime 161

Demokratisierung, Europäisierung, Modernisierung:
Parteienentwicklungen in Südeuropa seit den 1970er Jahren 184

VARIANTEN EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSMUSTER

Vom Wohlfahrtsausschuss zum Wohlfahrtsstaat:
Bürokratisierung, Industrialisierung, Demokratisierung 203

Probleme der spanischen Modernisierung im 19. und 20. Jahrhundert . . . 240

Nationalismus und Demokratie in Europa 258

ENTWICKLUNGSWEGE IN DER ATLANTISCHEN WELT

Das atlantische Syndrom: Europa, Amerika und der ›Westen‹ 291

Unabhängigkeit, Staatenbildung und gesellschaftliche Entwicklung
in Nord- und Südamerika 311

Bauern, Widerstand und Politik in der außereuropäischen Welt 327

Die ›Konstruktion‹ neuer Sozialstaaten in
der Auseinandersetzung mit alten Modellen:
›Pfadabhängigkeiten‹, Entscheidungen und Lernprozesse 362

Verzeichnis der Erstveröffentlichungen 379

Einleitung

Die in diesem Band versammelten Aufsätze über gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Deutschland, West- und Südeuropa, Nordamerika und Lateinamerika beleuchten exemplarisch vier große Themenkomplexe, die der Autor seit den 1970er Jahren als Historiker und Politikwissenschaftler immer wieder, und meistens im Vergleich bearbeitet hat:

- die Herausbildung moderner Interventionsstaatlichkeit und Massendemokratie;
- die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Energien, die darauf hinarbeiteten und daran mitwirkten;
- die unterschiedlichen Wege, auf denen dies geschah, und insbesondere
- Entwicklung und Wandel organisierter Politik und politischer Öffentlichkeit seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Dabei geht es um Versuche einer Annäherung an eine Gesellschaftsgeschichte der Politik zwischen zwei bedeutsamen Einschnitten (»thresholds«) und qualitativen Sprüngen, die etwa hundert Jahre auseinanderliegen: Der erste qualitative Sprung bestand in der Modernisierung und Ausweitung politischer Organisation sowie vermehrter Partizipation am Ende des 19. Jahrhunderts. Die zweite, ähnlich einschneidende Zäsur haben wir in den letzten Jahrzehnten rund um die Wende zum 21. Jahrhundert erlebt (deshalb mein Terminus: »threshold 21«); sie steht im Zeichen von Reorganisation und Restrukturierung politischer Interaktionen aufgrund von neuer Informationstechnologie, vermehrter Fragmentierung sowie transnationalen und globalen Vernetzungen und Entgrenzungen.

Der erste Einschnitt führte zu einem Jahrhundert immer mehr »organisierter Politik« (in der Regel bürokratisch organisierter Politik) und verschiedener Varianten eines vermehrt »organisierten« Kapitalismus (oder wie immer wir dieses stärker zwischen Wirtschaft und Staat verklammerte Syndrom nennen wollen), die in der Form, wie wir sie kannten, offenbar inzwischen an ihr Ende gekommen sind. Der zweite, noch gegenwärtige Einschnitt scheint eine Epoche einzuleiten, die gekennzeichnet ist durch weniger (und auch weniger bürokratisch, oder gelegentlich ganz anders) organisierte Politik, bis hin zur »lose verkoppelten Anarchie« (Lösche), im Extremfall, und das, was einige Autoren schon als »unorganisierten« (disorganized) Kapitalismus bezeichnet haben. Beide Einschnitte hatten viel zu tun mit technologischen Neuerungen, im ersten Fall vor allem der Rotationspresse und der Verbesserung der Kommunikationswege für Menschen und Informationen, im zweiten mit den »new campaign politics«, der neuen IT und den sozialen Medien, aber auch mit institutionellen Veränderungen (Stich-

wort ›Demokratisierung‹) und mit Reaktionen bestimmter Interessenten auf bestimmte Politiken. Und beide Umorientierungen sind auch vermittelte Langzeitreaktionen auf die Folgen konkreter Wirtschaftskrisen gewesen: im ersten Fall auf die ›große Depression‹ der Bismarckzeit, die man nach dem Vorschlag von Hans Rosenberg vielleicht besser eine ›große Deflation‹ nennen sollte,¹ im zweiten Fall auf die ›Stagflations‹krise seit den 1970er Jahren und deren spätere Verstärkungen durch aktuelle Finanz- und Institutionenkrisen, die sich in unterschiedlichen Teilen der Welt allerdings verschieden ausgewirkt haben.

Ein erster größerer Themenbereich ist den Veränderungen der politischen Akteure und Prozesse gewidmet. Der Eröffnungsaufsatz über Parlament, Parteien und Interessenverbände im deutschen Kaiserreich (1970) ist der älteste Beitrag in diesem Band und zusammen mit dem folgenden Aufsatz über die Transformationen des deutschen Konservatismus derjenige, der noch am meisten die ersten Forschungsinteressen des Autors rund um die Dissertation über agrarische Interessenpolitik und preußischen Konservatismus im Kaiserreich spiegelt, aber auch darüber hinausgeht. Der Versuch, politische Parteien, Interessenverbände und neue Bewegungen gemeinsam und gezielt mit Blick auf den Stellenwert des Parlamentarismus in einem autoritären System zu analysieren, um die Felder und Grenzen für politische Polarisierung, Integration und ›Entwicklung‹ besser ausloten zu können, ist damals viel diskutiert worden. Der Beitrag spiegelt zwar im Einzelnen den Forschungsstand von 1970, der inzwischen in einigen Punkten zu ergänzen und zu korrigieren wäre, ist aber vom Zugriff her wohl noch nicht überholt und kann, auch im Sinne einer ›rückschauenden Dokumentation‹ (Karin Hausen),² gut einige der ersten Schritte verdeutlichen, die die historische Forschung in der empirischen Analyse des ersten oben erwähnten ›qualitativen Sprungs‹ sowie der Rezeption wichtiger dazugehöriger Fragestellungen von Habermas' ›Strukturwandel der Öffentlichkeit‹ gegangen ist.³ Der aktuelle Aufsatz über Interessenverbände im Wandel thematisiert gleichzeitig Kontraste, breitere Kontexte und weitere Entwicklungen. Der Beitrag zum deutschen Konservatismus versucht, die Perioden von rund zweihundert Jahren politischer Bewegungsgeschichte voneinander abzugrenzen und die wichtigsten Thesen umfangreicherer anderer Arbeiten (sowie eines Buchprojekts, das nie zu Ende geschrieben wurde) zusammenzufassen.

Es folgen zwei Aufsätze zu den Transformationstendenzen repräsentativer Demokratien. Der Beitrag zu der Frage, was nach den ›catch-all parties‹ kommt, resümiert Ergebnisse der neueren Parteienforschung und eigener langjähriger Forschungsprojekte, vor allem im Lichte der europäischen Parteienentwicklungen in älteren und neueren Demokratien und der Entwicklung der Parteien-

1 Im Vorwort zur 2. Auflage: *H. Rosenberg*, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa (1967), Frankfurt 1976, S. XIII.

2 *K. Hausen*, Geschlechtergeschichte als Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2012, S. 11.

3 *J. Habermas*, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.

systeme an der Schwelle zum zweiten qualitativen Sprung rund um die letzte Jahrhundertwende. Der Aufsatz über Populismus ist einerseits der aktuellste und am meisten aktualisierte Beitrag dieses Bandes, und andererseits ein Dauerbrenner: Der Autor hat schon seit den späten 1960er Jahren über Populismus, Populismen und entsprechende Protestbewegungen und Regime gearbeitet, zunächst im nordamerikanischen und lateinamerikanischen Kontext, später auch vergleichend. Der Versuch einer Synthese, der zuerst 1983 erschienen ist,⁴ ist in der Folge aufgrund einschlägiger Nachfragen, konkreter Anlässe, neuer Bewegungen oder ›Wellen‹ populistischer Agitation (auch in Europa) sowie neuer Forschungskontroversen einige Male überarbeitet und immer wieder ergänzt worden. In die hier abgedruckte Fassung sind auch neue Aspekte zum kategorialen Stellenwert ›populistischer Demokratie‹ im Rahmen des ›threshold 21‹ eingegangen, also des gegenwärtigen zweiten qualitativen Sprungs der Transformation der Konstellationen und Bedingungen für die Betätigung politischer Akteure, auch in repräsentativen Demokratien. Die These ist, dass nicht nur die Entwicklungen und Krisenszenarien im gegenwärtigen Jahrzehnt in vielen Ländern besonders reich an ›populistischen Momenten‹ (Goodwyn) sind und entsprechende Bewegungen für eine Zeit in Blüte stehen, sondern dass es auch aus strukturellen Gründen kaum noch realistische demokratische Alternativen zur ›populistischen Demokratie‹ zu geben scheint.

Eng verbunden mit den Problemen der politischen Akteure und Prozesse ist ein weiterer größerer Themenbereich, in dem es um den Wandel politischer Systeme und die Entwicklung moderner Interventions- und Sozialstaatlichkeit geht, aber auch um Regimewechsel und Transformations- und Demokratisierungsprozesse. Den letzteren ist der zweite Abschnitt dieses Bandes gewidmet, in dem einige besonders interessante und charakteristische Ergebnisse der neueren Transformationsforschung und der Projekte, an denen der Autor beteiligt war (und deren Ergebnisse meist auf englisch oder spanisch vorliegen), resümiert werden. Diese beziehen sich insbesondere auf Lateinamerika (Wilson Center) und Südeuropa (Spanien/Portugal-Verbund bei der Reimers-Stiftung, ›The New Southern Europe‹ beim SSRC/ACLS, New York) sowie kontinentübergreifend auf konzeptionelle Fragen (›Defekte Demokratien‹, ›Political Intermediation‹ im Comparative National Elections Project, CNEP) und inzwischen auch weltweite Indikatorenbildung (z. B. Bertelsmann Transformation Index).⁵ Hier sind nacheinander insbesondere die wesentlichen Probleme der Regimeübergänge (transitions), der Konsolidierung der neuen Demokratien, ihrer gesellschaftlichen ›Einbettung‹ und ihrer Teilregime sowie ihrer Defiziten und ›Defekte‹, und schließlich Fragen nach der unterschiedlichen ›Qualität‹ von Demokratien

4 H. J. Puhle, Was ist Populismus?, in: Politik und Kultur, Jg. 10,1, 1983, S. 22–43, mit größerer Breitenwirkung abgedruckt in: H. Dubiel (Hg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt 1986, S. 12–32.

5 Ausführlicher: H. J. Puhle, Memories of Juan Linz: A Great Inspiration, in: H. E. Chehabi (Hg.), Juan J. Linz. Scholar, Teacher, Friend, Cambridge, MA 2014, S. 303–307.

abgehandelt worden. Die Beiträge über Demokratisierungsprobleme in Europa und Amerika und über ›Embedded Democracy‹ und defekte Demokratien spiegeln diese Schritte. Der dritte Aufsatz dieses Abschnitts über Parteienentwicklungen im sich demokratisierenden Südeuropa ergänzt gleichzeitig die neueren Befunde zu ›party change‹ im Lichte des zweiten ›threshold‹ um einige wichtige und situationsspezifische Aspekte, z. B. den des ominösen und gelegentlich hilfreichen ›leapfrogging‹-Syndroms (i. e. des Überspringens bestimmter Entwicklungsstadien, die ältere Parteien anderswo durchlaufen haben).

Um die sehr unterschiedlichen Prozesse der Entwicklung leistungsfähiger Staatlichkeit, des Wandels der Staatsfunktionen und der Entstehung moderner Interventions- und Sozialstaaten in Deutschland und Westeuropa mit neuen Verwaltungs-, Steuerungs- und Kontrollproblemen geht es in dem Beitrag ›Vom Wohlfahrtsausschuss zum Wohlfahrtsstaat‹. Dieser Aufsatz, der Anfang der 1970er Jahre geschrieben wurde, reflektiert auch die intensiven Debatten der Zeit über Funktion und Rolle des Staates im ›Spätkapitalismus‹, die Planungseuphorie, die diversen Varianten der ›Technokratiediskussion‹ sowie die Sorge, dass die Freiheitsräume einzelner und gesellschaftlicher Gruppen allzu sehr in die Räderwerke verselbständigter staatlicher Bürokratien geraten könnten.⁶ Der Autor hofft immer noch, dass sich die These, dass in vielen Fällen die Exekutivbürokratie wahrscheinlich praktisch nicht mehr kontrolliert werden kann, vielleicht am Ende doch als etwas überzogen erweist, hat dafür aber auch in den letzten Jahrzehnten nicht allzu viel neue Evidenz gefunden. Der Beitrag hat mich längere Zeit beschäftigt und auch Weichen gestellt für bestimmte Forschungsfragen und Interpretationslinien weiterführender Arbeiten, u. a. über die Entstehung der großen Systeme des staatlichen Agrarinterventionismus in Westeuropa und Nordamerika unter dem Druck der Interessenten, die Debatten zum ›organisierten Kapitalismus‹ und die Probleme der ›different trajectories into modernity‹, der unterschiedlichen Entwicklungswege einzelner Gesellschaften in die Moderne.⁷

Die letzten beiden Abschnitte des Bandes, die dieser Aufsatz einleitet, über Varianten europäischer Entwicklungsmuster und Entwicklungswege in der atlantischen Welt sind den Prozessen von state and nation building, den Stufen entwicklungs- und reformpolitischer Strategien sowie vor allem den zentralen Charakteristika dieser unterschiedlichen Entwicklungswege in die Moderne gewidmet. Im europäischen Kontext werden dabei, außer den ›usual suspects‹, auch die besonderen Probleme der spanischen Modernisierung im 19. und 20. Jahrhundert diskutiert. Der Beitrag zum Verhältnis von Nationalismus und

6 Dieser Aspekt des Räderwerks hat auch die Auswahl der Umschlagfotografie dieses Bandes mit motiviert.

7 Vgl. u. a. *H. J. Puhle*, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, Göttingen 1975; ders., Historische Konzepte des entwickelten Industriekapitalismus. ›Organisierter Kapitalismus‹ und ›Korporatismus‹, in: GG, Jg. 10, 1984, S. 165–184. Zu den ›different trajectories‹ vgl. die entsprechenden Beiträge in diesem Band.

Demokratie in Europa thematisiert neben den Ergebnissen langer Debatten der vergleichenden Nationalismusforschung zum einen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen, Organisationsformen und Programmatiken von Staatsbildung und nationalistischer Mobilisierung in zahlreichen europäischen Ländern und versucht zum anderen, insbesondere die Vielfalt der ›staatenlosen‹, ›peripheren‹ und Minderheits-Nationalismen in Osteuropa wie West- und Südeuropa typologisch zu ordnen sowie, auch im Blick auf die neueren postkommunistischen Nationalismen in Osteuropa, die gängige These zu differenzieren, dass ›Nationalismus‹ in der Regel Demokratisierungsprozesse mehr stört als vorantreibt.

Die vier Beiträge des letzten Abschnitts greifen über Europa hinaus in die atlantische Welt, die hier nicht nur, wie meistens, als ›Wertegemeinschaft‹ verstanden wird, sondern sozusagen auch als Konstitutionsgemeinschaft, mit gemeinsamen (ebenso wie nicht-gemeinsamen) Wurzeln und geteilten Erfahrungen in komplexen interaktiven Entwicklungsprozessen, die allerdings auch wichtige Unterschiede, Ungleichheiten und Konflikte (und jede Menge Gewalt) produziert haben. Der Aufsatz über das ›Atlantische Syndrom‹ versucht, in Vergleich, Interaktions- und Beziehungsgeschichte das Dreieck Europa – Nordamerika – Lateinamerika in einer Langzeitperspektive auch relational zu ordnen, dabei die Eigenarten der jeweiligen Entwicklungen herauszuarbeiten und die Frage nicht zu vergessen, ob und inwieweit es den einen Pol der vielbesprochenen Dichotomie von ›the West and the rest‹, nämlich ›the West‹, denn tatsächlich gegeben hat. Spätestens hier hat der Autor übrigens bemerkt, dass es dringend nötig ist, an dieser Frage weiterzuarbeiten: Um auch einen klareren Blick auf den anderen Pol, ›the rest‹, zu bekommen, werden die Entwicklungswege nichtwestlicher Gesellschaften noch genauer zu untersuchen sein. Der etwas ältere Beitrag über Unabhängigkeit, Staatenbildung und gesellschaftliche Entwicklung in Nord- und Südamerika kann einen Teil des Arguments noch weiter differenzieren.

Aus einer anderen Perspektive, aber mit vielen Bezügen und Querverbindungen zu den diskutierten Problematiken von Populismus, Revolutionen, Entwicklungsstrategien und Demokratisierung, diskutiert der Aufsatz über Bauern, Widerstand und Politik in der außereuropäischen Welt zentrale Fragen von Protest, politischer Mobilisierung und organisierter Politik. Der letzte Beitrag zur ›Konstruktion‹ neuer Sozialstaaten in der Auseinandersetzung mit alten Modellen untersucht die Prozesse der Proliferation von Sozialstaatlichkeit aus ihrem europäisch-westlichen Ursprungsgebiet in den Rest der Welt besonders im Hinblick auf die dahinterstehenden selektiven (und inzwischen durchaus rezipierten) transkontinentalen Lernprozesse und das Verhältnis von ansatzweise vorgeprägten ›Pfadabhängigkeiten‹ und politischen Entscheidungen (›agency‹).

Die hier abgedruckten Aufsätze folgen einer Reihe großer Linien oder roter Fäden, die oben angedeutet worden sind. Es gibt kontinuierliche Erkenntnisinteressen und deutliche Sequenzen festgehaltener und neuer Forschungsfragen. Und es gibt eine weitere charakteristische Kontinuität: Mit Ausnahme

der ersten beiden sind alle Beiträge vergleichend angelegt. Das gilt auch für die große Mehrheit anderer, hier nicht berücksichtigter Arbeiten. Der historische und sozialwissenschaftliche Vergleich ist über die Jahre zu einer Art Markenzeichen des Autors geworden. Er hat ihn praktiziert und relativ früh schon propagiert, auch weil er davon überzeugt war (und ist), dass im genau fokussierten und von expliziten analytischen Fragen (und deren theoretischen und paradigmatischen Vordersätzen) geleiteten Vergleich ermittelte Erkenntnisse genauer, balancierter, trennschärfer, oft besser verallgemeinerbar und durchweg belastbarer sein können als monographisch ermittelte.⁸ Der vorliegende Band kann auch als ein Plädoyer für den Nutzen des historischen und sozialwissenschaftlichen Vergleichs gelesen werden.

Dabei ist eine deutliche Ausweitung der Vergleichsräume und der Interaktions- und Beziehungsräume zu verzeichnen: Am Anfang standen Deutschland und Westeuropa, die USA kamen bald hinzu, später dann Lateinamerika und Südeuropa. Am Ende gibt es weltweite oder regional ›geclusterte‹ Vergleiche, vor allem in der Demokratieforschung, in Analysen von Konzeptproliferation oder ›political intermediation‹ vom Kaiserreich zur Globalisierung, oder plakativer ausgedrückt: von Januschau bis Cochabamba. ›Richtige‹ Globalgeschichte ist das noch nicht (sie ist ohnehin selten), aber doch einiges an ›entangled history‹ on the move. Und noch ein zweites fällt auf: Es gibt über die Zeit hin, und besonders in jüngster Zeit, leichte Veränderungen der Perspektive: ›Europa‹ wird stärker relativiert.⁹ Dies entspricht auch deutlichen Tendenzen in der breiteren Forschungslandschaft.

Größere methodische ›Brüche‹ oder Umorientierungen sind dagegen eher nicht zu verzeichnen. Der Autor hat sich durchweg sowohl als Historiker als auch als Politikwissenschaftler verstanden, und je nach institutioneller Einbindung und Forschungskontext ist zu unterschiedlichen Zeiten mal das eine und mal das andere stärker betont worden. In beiden Disziplinen war der Forschungsansatz meist der einer ›altmodischen‹, aber immer wieder spannenden und aufregenden Weberianischen ›Konstellationsanalyse‹ mit gezielten (und hoffentlich immer hinreichend umsichtigen) Fragestellungen, eklektischen paradigmatischen Kombinationen und auf der Suche nach dem jeweils angemessenen Methoden-Mix, oft in der Mischung qualitativer und quantitativer Zugänge und Ermittlungen und mit Blick auf Institutionen und ›harte Daten‹ ebenso wie auf die Intentionen, Aktionen und Verhaltensweisen der beteiligten Akteure und deren vielfältige Vermittlungen. Dabei lernt man immer mehr, soziale Phänomene, die Durkheim ›wie Dinge‹ behandelt wissen wollte (*comme des choses*), also Insti-

8 Vgl. *H. J. Puhle*, Politische Agrarbewegungen, sowie ders., Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers, in: *J. Kocka* u. *T. Nipperdey* (Hg.), Theorie und Erzählung in der Geschichte (Theorie der Geschichte 3), München 1979, S. 119–136.

9 Vgl. auch *H. J. Puhle*, Zwischen Eurozentrismus, Universalismus und Provinz. Das atlantische Europa in Krise und Globalisierung, in: *T. Ertl* u. a. (Hg.), Europa als Weltregion. Zentrum, Modell oder Provinz?, Wien 2014, S. 51–65.

tutionen, Organisationen, Vergesellschaftungen aller Art (wie Staat, Partei, Gewerkschaft, Bewegung, Bürokratie, Gruppe, Klasse, Nation, etc.) nicht statisch, sondern als Prozesse zu betrachten, die sozusagen ihre Konstitutionsgenese und weitere Vorgeschichte immer mitschleppen und reflektieren und sich ständig neu in verändertem Kontext verorten. Historisches Training hilft hier ungemein, selbst wenn man gelegentlich auch survey research betreibt und Variablen konstruiert. Ich entsinne mich einer denkwürdigen Nachtsitzung beim (höchst kontroversen) Entwerfen eines großen Fragebogens zu Beginn unserer Demokratisierungsstudien in Südeuropa Anfang der 1980er Jahre, als Juan Linz aus konkretem Anlass Erinnerungen an Stein Rokkan beschwor und wir uns dann völlig einig darin waren, dass alle systematischen Sozialwissenschaftler eigentlich (und am besten immer) auch Historiker sein sollten.

Ein Sammelband mit ausgewählten Aufsätzen desselben Autors aus fünf Jahrzehnten ist immer ein gewisses Wagnis. Nicht nur, weil die Beiträge in Form, Duktus und Stil nicht immer einheitlich sind: Hier werden sie mit der Zeit weniger episch, Detailwürdigung, Satzverschachtelungen und Anmerkungsdichte nehmen ab, die Schneisen im Dickicht der Dinge, die Kontraste der Beleuchtung, skizzenhafte Zuspitzungen nehmen zu. Offenbar wächst mit den Jahren die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge nicht allzu komplex auszudrücken, zumindest ein wenig. Das Problem ist vielmehr die Auswahl der Beiträge. Da aus Platzgründen nur ein ganz geringer Teil der in Frage kommenden Aufsätze berücksichtigt werden kann, hängt – zumal bei einem Autor mit relativ weit gespannten Interessen – alles davon ab, welchen Fragen und Argumentationssträngen man bei der Zusammenstellung der Beiträge den Vorrang einräumen will. Ich hoffe, die hier nach langer Abwägung (und einigen alternativen Entwürfen) getroffene Auswahl und die oben erläuterten Überlegungen, die zu ihr geführt haben, leuchten auch den Lesern ein und können ihr Interesse finden. Auch auf der Basis dieser Auswahlkriterien konnte vieles nicht mehr berücksichtigt werden, was durchaus noch dazu »gepasst« hätte, z. B. Aufsätze über Preußen als Vorbild für Entwicklungsdiktaturen, über die Mythen der »new nation« USA, über »Führung« (leadership) in der Demokratie, über Erinnerungskultur nach Regimewechseln, oder zum historischen Vergleich. Es waren Prioritäten zu setzen.

Die Aufsätze sind, abgesehen von formalen Angleichungen und vereinzelt kleinen Korrekturen, bewusst nicht überarbeitet worden. Der diskutierte Forschungsstand entspricht dem jeweiligen ersten Publikationsdatum, das nur in wenigen Fällen relativ »zeitnah« zum Erscheinen dieses Bandes liegt. In einigen Texten sind vereinzelt aktuelle Hinweise in eckigen Klammern hinzugefügt worden. Den in den Beiträgen referierten Forschungsstand im Kontext dieses Bandes zu aktualisieren, empfahl sich nicht und wäre in einigen Fällen auch nicht möglich gewesen, ohne den ganzen Beitrag neu zu schreiben. Die Aufsätze stehen für die Entwicklung der Argumente in ihrer Zeit. Sie wurden geschrieben, um zur Diskussion und zur Weiterarbeit über die Probleme anzuregen. Dasselbe erhoffe ich mir von dem vorliegenden Band. Die Debatten und die gemeinsame Arbeit gehen weiter.

Meine dankbare Erinnerung gilt den zahlreichen Kollegen, Freunden, Mitstreitern, Diskussionspartnern, Widersachern und Studenten (alle samt -innen), die im Laufe der Jahre an irgendeinem Punkt mit der Entstehung und Diskussion der hier versammelten Aufsätze zu tun gehabt und mir in der einen oder anderen Weise geholfen haben. Einige von ihnen sind in den letzten Jahren gestorben und fehlen uns heute sehr: Friedrich Katz, Guillermo O'Donnell, Klaus Tenfelde, Albert O. Hirschman, Juan J. Linz, Hans-Ulrich Wehler und Gerhard A. Ritter. Mein aktueller und ganz konkreter Dank im Zusammenhang der Arbeit an dem vorliegenden Band gebührt den Herausgebern und der Herausgeberin der ›Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft‹ (der älteren wie der jüngeren Generation) für ihre Bereitschaft, ihre zahlreichen Anregungen und ihre Geduld, sowie Daniel Sander vom Verlag Vandenhoeck & Ruprecht für vielfältige operative Hilfen.

Hans-Jürgen Puhle, Protest, Parteien, Interventionsstaat

POLITISCHE AKTEURE UND
PROZESSE IM WANDEL

Parlament, Parteien und Interessenverbände in Deutschland 1890–1914*

Die Lebensfragen der deutschen Politik vor 1914 wurden nicht im Parlament und auch nicht in erster Linie von Parteien und Interessenverbänden entschieden, sondern vor allem in den formellen und informellen, zivilen und militärischen, in der Regel von Preußen her beherrschten Gremien der Reichsleitung um den Monarchen und den Reichskanzler,¹ in teilweise enger Koordination mit den außerpreußischen Regierungen und begleitet von mehr oder weniger stark ausgeprägten und wirksamen Appellen an die Öffentlichkeit. Dennoch vermögen gerade eine genauere Betrachtung der jeweiligen Konstellationen von Parteien und *pressure groups* und eine Analyse der Veränderung des Stellenwertes der parlamentarischen Verhandlungen im politischen Prozess, vor allem im Reich, aber auch in Preußen, zur Erhellung einiger zentraler Knotenpunkte des kontinuierlichen politischen Transformationsprozesses beizutragen, der die Zeit zwischen Bismarcks Entlassung und dem Kriegsausbruch beherrscht. Dieser Bereich der politisch relevanten Interaktion der polarisierten gesellschaftlichen Kräfte im Lande spiegelt wie kein anderer Sektor der Politik die entscheidenden Probleme der Epoche wider, die eng verzahnt sind mit den stufenweisen Auswirkungen jenes allgemeinen Prozesses, der charakterisiert ist durch die Sprengung der herkömmlichen Beziehungen und Institutionen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch die Wachstumsraten der Industrie.

I

Die Industrialisierung und ihre Folgeerscheinungen sind es auch gewesen, die zu einer neuen Verortung der sozialen Konflikte geführt haben. Das traditionelle Spannungsverhältnis zwischen einer emanzipationsträchtigen, dynamischen Gesellschaft und einem den *status quo* von Herrschaft und Besitz sichernden Staat, das die Kategorien der liberalen Problemstellung des 19. Jahrhunderts be-

* Zuerst erschienen in: *M. Stürmer* (Hg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1914*, Düsseldorf 1970, S. 340–377.

1 Vgl. *J. C. G. Röhl*, *Germany without Bismarck, The Crisis of Government in the Second Reich, 1890–1900*, London 1967. Es wäre eine lohnende und reizvolle Aufgabe, die Ergebnisse dieser eindringlichen Studie in Beziehung zu setzen zur Analyse der sozialen Triebkräfte der Epoche.

stimmte und auch der bisher einzigen grundlegenden Analyse des Verhältnisses von Interessenverbänden und Parteien in Deutschland vor 1914 zum Ansatz gedient hat,² wich nach Bismarcks Abgang in zunehmendem Maße neuen, anders verlaufenden politischen Kraftfeldern, die bestimmt sind vom Kampf zweier Lager der Gesellschaft um die Staatsmacht und vom Werben der in grundlegenden gesellschaftspolitischen Fragen zunehmend neutral sich verhaltenden Träger der Staatsmacht um die Unterstützung beider Lager für die von ihnen initiierte Politik des (von Bismarck pragmatisch und von Caprivi intentional kalkulierten, später grundsatzlosen) Ausgleichs³ und der Kompensationen. Die Zielsetzung der beiden Gruppierungen kann – idealtypisch vergrößert – mit den Termini: Demokratisierung und status quo umschrieben werden. Ihr harter Kern waren auf der einen Seite die um Teilhabe an und Integration in Staat und Gesellschaft kämpfende organisierte Arbeiterschaft und auf der anderen Seite die Kräfte um ›Thron und Altar‹, vor allem das preußische Landjunktum und Militär, die untere und mittlere Verwaltungsbürokratie im Lande, sowie Vertreter der Großindustrie, deren grundsätzlicher consensus in sozialpolitischen Fragen durch die oberflächlichen und hochgradig ideologisierten Debatten um ›Agrar- oder Industriestaat‹ nur sporadisch verdeckt wurde.

Das Drängen der Arbeiterschaft nach Emanzipation und die militante Entschlossenheit der Besitzenden zur Besitzstandswahrung mit allen Mitteln bis hin zum verkappten Staatssozialismus auf bestimmten Sektoren⁴ und der Bereitschaft zu Staatsstreich und präventiver Konterrevolution⁵ markieren in Hinsicht auf die Gesellschaft die beiden politischen Grundkonstanten des Vierteljahrhunderts vor dem Ersten Weltkrieg. Es ging dabei jedoch nicht, wie etwa in der ersten Phase der Französischen Revolution von 1789, in erster Linie um eine Anpassung der überholten politischen an die ökonomischen Herrschaftsverhältnisse bis hin zur angestrebten Kongruenz, sondern eher um die Abstimmung und Koordination von zwei postrevolutionären Prozessen, wenn es erlaubt ist, dem Einbruch der Industrialisierung und dem Ansatz der im Innern noch unfertigen Reichsgründung revolutionäre Impulse zu unterstellen. Staatsmacht und Regierung gerieten dabei zwischen die Fronten. Außer Caprivi und Miquel, die beide, der eine gegen die äußerste Rechte, der andere gegen die äußerste Linke, feste Vorstellungen über den gezielten Einsatz der Staatsmacht im Konflikt der gesellschaftlichen Kräfte hatten, beschränkten sich die Regierenden – einschließlich des sprunghaften und inkonsequenten Monarchen – in

2 T. Nipperdey, *Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg*, in: PVS, Jg. 2, 1961, S. 262–280, bes. 262, jetzt auch in: H.-U. Wehler (Hg.), *Moderne Deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1966, S. 369–388, bes. 369.

3 Vgl. W. Sauer, *Das Problem des deutschen Nationalstaats*, in: ebd., S. 407–436, bes. 433.

4 So im ›Antrag Kanitz‹ zur Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols für Getreide. SBR 142 (1894/5), 2. Anl. Bd., Nr. 211; vgl. auch A. Gerschenkron, *Bread and Democracy in Germany*, Berkeley 1943, S. 51–81.

5 Vgl. die Episode vom »Leutnant und zehn Mann«, SBR 259, 898 (29.I.1910), E. v. Oldenburg-Januschau, *Erinnerungen*, Leipzig 1936, S. 110.

der Regel auf reaktive Verhaltensweisen, gegen die Linke konsequent defensiv, der Rechten gegenüber weitgehend affirmativ,⁶ in einer Zeit, in der dem Staat eine gesellschaftspolitische Führungsrolle zugewachsen war, der er sich nicht mehr entziehen konnte.

Die rapide Bevölkerungsvermehrung und die allmähliche Umkehrung des Verhältnisses von Land- und Stadtbevölkerung,⁷ die Verdoppelung bis Verdreifachung der Zahl der unselbständig Erwerbstätigen und der preußischen und Reichsbeamten sowie die Verzehnfachung des Haushaltsvolumens des Reichs zwischen 1872 und 1913⁸ weisen zurück auf die vom Industrialisierungsprozess bedingte und ihm parallel laufende Zunahme der Funktionen einer sich immer mehr rationalisierenden staatlichen Verwaltung⁹ zum Zwecke einer koordinierenden Kanalisierung der gesellschaftlichen Triebkräfte und der vermehrten Intervention im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dieser unabweisbare Funktionszuwachs im staatlichen Bereich stellt die dritte allgemeine Grundkonstante jenes ›Zugs der Zeit‹ zur Ausweitung des Spektrums der Politik dar, der im Wilhelminischen Reich noch manifester als zur Bismarckzeit zutage trat.

Die zentralen Probleme des politischen Prozesses in Deutschland zwischen 1890 und 1914 erwachsen zu einem großen Teil aus den erwähnten Grundkonstanten: Die erhebliche Zunahme der Gesetzgebungstätigkeit, die insbesondere der Reichstag auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ausübte, bedingte ein verstärktes Interesse der Regierung einerseits am Parlament und an möglichst ›billig‹ austauschbaren parlamentarischen Koalitionspartnern, andererseits aber auch an einem großen Potential an Möglichkeiten zur Umgehung oder Manipulation des Parlaments und der in ihm vertretenen Parteien. Diese versuchten ihrerseits zu einem großen Teil, sich gegen die ihnen angesonnene politische Kaltstellung durch eine bewusst vorangetriebene und verstärkte Verwurzelung in der Öffentlichkeit rückzuversichern, deren Stellenwert für den politischen Prozess immer bedeutsamer wurde. Die Herausbildung von agitatorisch tätigen Massenorganisationen, die gegenseitige Durchdringung von Parteien und Interessenverbänden mit der Folge zunehmender Flügelbildung und allmählicher Verapparaturung der Parteien und die weitgehend organisierte

6 Dass der Handlungsspielraum der Regierung gegenüber den Kräften der Rechten bereits weitgehend eingengt war, kommt bezeichnend in der Tatsache zum Ausdruck, dass es zwar 1878, 1887, 1893 und 1906 Reichstagsauflösungen gegen links, aber keine gegen rechts gegeben hat, worauf schon G. A. Ritter, *Historisches Lesebuch* 2, 1871–1914, Frankfurt 1967, S. 19f. hingewiesen hat.

7 1871 verteilten sich die 41 Mio. Ew. des Dt. Reichs zu 63,9% auf das Land und zu 36,1% auf die Städte; 1925 (62,3 Mio. Ew.) 35,6% auf das Land und 64,4% auf die Städte. Stat. Jb. Dt. Reich 1914, S. 14–15; D. Petzina, *Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jh.*, in: VfZ, Jg. 17, 1969, S. 308–338.

8 Von rund 350 Mio. M auf 3,5 Mrd. M. Ein Teil davon hat seine Ursache in der ›Verreichlichung‹ vormals preußischer Etatposten.

9 Vgl. E. Pikart, *Die Rolle der Parteien im deutschen konstitutionellen System vor 1914*, in: ZfP, Jg. 9, 1962, S. 12–32, bes. 13.

Ausweitung des Bereichs der politischen Öffentlichkeit mittels Presse und anderer Agitationsformen begleiten als kontinuierliche Erscheinungsformen einer breit angelegten Demokratisierungswelle die beiden Haupttendenzen zur Fortbildung des preußisch-deutschen Konstitutionalismus, die die Jahre nach der Jahrhundertwende weitgehend beherrschten: Auf der einen Seite das Verlangen nach parlamentarischer Ministerverantwortlichkeit und Parlamentarisierung, erschwert durch den institutionellen Dualismus von Preußen und Reich sowie verschiedene Entwicklungstempi der Parlamentarisierung in den deutschen Einzelstaaten, und andererseits die teils von der Regierung, teils von den gesellschaftlichen Gruppen durch Appelle an die Öffentlichkeit geförderte Tendenz zur außer- und antiparlamentarischen Demokratisierung unter Umgehung repräsentativer ›corps intermédiaires‹, sei es im Sinne direkter, plebiszitär artikulierter Demokratie oder im Sinne eines manipulativen, bonapartistischen Cäsarismus.

Die Kräftekonstellationen von Parlament, Parteien und Verbänden zueinander, gegenüber der Reichsleitung und der Öffentlichkeit lassen bereits vor dem Ersten Weltkrieg jene eklatanten Veränderungen des politischen Stils¹⁰ und die Transformationstendenzen des politischen Systems hervortreten, die nicht zuletzt konstitutiv für die institutionellen Irrtümer und den Untergang der Weimarer Republik geworden sind.

II

Die Rolle der Parteien und Interessengruppen in der deutschen Politik der Nach-Bismarck-Zeit ist vor allem gekennzeichnet durch den gelungenen Versuch des ersten Reichskanzlers, die traditionellen bürgerlichen Parteien der Konservativen und Liberalen zu bloßen Agenten wirtschafts- und sozialpolitischer Interessenswahrung zu degradieren und sie durch periodisch erzwungene Wechsel zwischen Gouvernementalismus und einer weder institutionalisierten noch eigentlich ›legitimen‹ Opposition zu spalten oder an den Rand des Zerfalls zu treiben. Auf der anderen Seite waren den Parteien in den hochpolitisierten Verbänden der Besitzenden, die die programmatischen wie technischen Konsequenzen aus der Einführung des allgemeinen, gleichen Reichstagswahlrechts wesentlich eher zogen als die Honoratiorenparteien älteren Typs, Konkurrenten um Einfluss und Macht erstanden, die erst in dem Maße allmählich zu Partnern wurden, in dem die parteipolitischen Fronten in Bewegung gerieten. Trotz der prinzipiell noch möglichen Unterscheidung aufgrund von Intention und Form personeller Patronage – die die Verbände, allerdings mit einer Reihe von Ausnahmen, in der

10 Zum Problem des politischen Stils und der political culture vgl. S. Verba, Comparative Political Culture, in: L. Pye u. S. Verba (Hg.), Political Culture and Political Development, Princeton 1965, S. 512–560; H. J. Puhle, Politischer Stil, in: H. H. Röhring u. K. Sontheimer (Hg.), Handbuch des Deutschen Parlamentarismus, München 1970, S. 398–401.

Regel nicht direkt, sondern über die Parteien übten – waren Parteien und Interessengruppen als Interventoren im politischen Prozess grundsätzlich gleichwertig. Die Gründung verbandspolitisch orientierter ›Überfraktionen‹ im Reichstag seit 1878¹¹ und die zunehmende organisatorische und personelle Verfilzung von Parteien und pressure groups, die besonders durch die Anforderungen der Wahlkämpfe und der arbeitsteiligen Spezialisierung der parlamentarischen Arbeit gefördert wurde, lassen darüber hinaus jene Ansätze zur Analyse fragwürdig erscheinen, deren Typologie – teilweise in einer missverstandenen Bentley-Nachfolge¹² – auf eine kategoriale Zuordnung der Parteien zur parlamentarischen Politik und der Interessengruppen zur ›Gesellschaft‹ hinausläuft.¹³ Die funktionale Reduktion des Stellenwerts der deutschen Parteien im politischen Prozess vor 1890, wie sie überdies auch in den repressiven Maßnahmen gegen Sozialdemokraten und Zentrum zum Ausdruck kam, und die Inflation der Verbandspolitik insbesondere nach 1890 sowie beider Überführung in neuerlich polarisierte Aktionseinheiten im Zuge einer merklichen ›Repolitisierung‹ der zuvor überdimensional ›ökonomisierten‹ Politik in den Jahren nach 1902 verlangen exaktere historisch-konkrete Erklärungsmodelle.

Das Spektrum der pressure groups im Wilhelminischen Reich ist bunt und vielschichtig. Es umfasst um die Jahrhundertwende vornehmlich Organisationen der Besitzenden in drei Generationen, die auch drei verschiedene Typen und Funktionsweisen von Interessenvertretung ausgeprägt hatten, deren Übergänge ineinander zum Teil fließend sind:

1. Zur ersten Gruppe sind diejenigen freien Assoziationen, Vereine und Verbände zu rechnen, die gegen Ende des Jahrhunderts schon zu Gliederungen staatlich privilegierter Selbstverwaltungskörperschaften, meistens in Gestalt von Kammern oder Korporationen geworden waren, die sich auch dann, wenn sie Regierung und Verwaltung widersprachen, als Partner der Staatsmacht verstehen mussten und die die Interessen ihrer besonderen Produktionszweige nur noch im Rahmen der Regierungspolitik, aber nicht mehr gegen sie vertreten konnten. Dazu gehören vor allem die nach 1809 ins Leben gerufenen landwirtschaftlichen Vereine in ihren Zusammenschlüssen zu Zentralvereinen, Landwirtschaftsräten und anderen Dachverbänden wie dem preußischen Landesökonomiekollegium von 1842, dem auf den Kongreß der Norddeutschen Landwirte (1868) zurückgehenden Deutschen Landwirtschaftsrat (1872) und schließlich den Landwirtschaftskammern¹⁴ einerseits und im Bereich der gewerblichen Wirtschaft andererseits den seit den vierziger Jahren bestehenden, in der Regel durch staatlichen

11 Z. B. in den ›Wirtschaftlichen Vereinigungen‹.

12 Vgl. R. Breiting, Pressure Groups, in HSW 1956, 8, S. 528–534; A. F. Bentley, The Process of Government. A Study of Social Pressure, Evanston, o.J. (1908), und die Übersicht bei W. Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, Stuttgart 1969.

13 Vgl. G. Schulz, Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: PVS, Jg. 2, 1961, S. 127.

14 In Preußen durch Gesetz v. 30.06.1894 errichtet; in Oldenburg und Anhalt 1900; in Braunschweig, Hessen, Baden, Sachsen 1906.

Zwang gegründeten Korporationen der Kaufmannschaften und vor allem den Handelskammern, die ihren Zusammenschluss im Deutschen Handelstag (1861) gefunden hatten.¹⁵ Typologisch gehören auch die erst verhältnismäßig spät durch Gesetz von 1897 begründeten Handwerkskammern und ihre Vorläufer in den Gewerbekammern einiger deutscher Staaten sowie gewerbliche Zentralverbände und die früheren Handwerkervereine¹⁶ zu dieser Gruppe von partnerschaftlich-korporativer und daher nur begrenzt politisch wirkungsmächtiger Interessentenorganisation, deren gemeinsame Kennzeichen der doppelte, gegenläufige Informationsfluss zwischen staatlicher Bürokratie und der Vertretung des artikulierten Gruppeninteresses sowie die Versuche sind, bei wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen eine Abstimmung der Interessen ex ante zu erreichen. Im politischen Kräftefeld nach 1890 war das Gewicht der Gruppen dieses ersten Typs der Interessenvertretung von neueren Verbandsgründungen, deren personelle Zusammensetzung sich zum Teil mit der der älteren Gremien deckte,¹⁷ erheblich zurückgedrängt worden, trotz ihres bleibenden, wenn auch verminderten Einflusses auf der Verwaltungsebene.¹⁸

2. Zur zweiten Gruppe von Interessenverbänden gehören jene Organisationen, die sich gegen Ende der sechziger und vor allem Anfang der siebziger Jahre zur Eindämmung des wirtschaftlichen Liberalismus und zur Durchsetzung einer schutzzöllnerischen Politik zusammengefunden hatten, mit der

15 Zur Geschichte der Handelskammern vgl. *W. Fischer*, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat. Die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jhs., Berlin 1964, und die Regionalstudie von *K. van Eyll*, Die Geschichte einer Handelskammer, dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen, 1840–1900, Köln 1964.

16 Vgl. *H. E. Krueger*, Historische und kritische Untersuchungen über die freien Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe in Deutschland, Sch. Jb., Jg. 32, 1908, S. 1581–1614, sowie das Verzeichnis der im Dt. Reich bestehenden Vereine gewerblicher Unternehmer zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, hg. v. RdI, Berlin 1903.

17 Vgl. die Korrespondenz in den Akten des preuß. Min. f. Landwirtschaft etc., DZA II, Rep. 87 B Nr. 3 B Landw. Vereine, und in den Akten des Geh. Zivilkabinetts, DZA II, Rep. 89 H XXIV Gen 62, Landwirtschaftskammern. Die ›Eroberung‹ des Deutschen Handelstags durch den Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ab 1876 und später den CVDI spiegelt ebenso wie die personelle Infiltration des Bundes der Landwirte in die Zentralvereine, ostelbischen Landwirtschaftskammern, das Landesökonomiekollegium und den Deutschen Landwirtschaftsrat die Kontinuität der von den älteren Gremien vertretenen Interessen wider, zu deren Trägern jeweils die sektoral stärksten Verbände wurden.

18 Vgl. anlässlich der Kartell Diskussionen in den Handelskammern (1881) die Verlautbarung Boettichers, die Kammern als »Organe der Staatsverwaltung« sollten sich »jedes Urteils darüber enthalten, wie sie sich aus dem ihnen bekannt gewordenen Tatsachen das Gesamtbild der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse denken«, sowie diverse schikanöse Einzelmaßnahmen in: SBR 66, 5,1, 1881/2 v. 16. XII. 1881, S. 443 und SBAH 131, 14,3, 1882, v. 7.III. 1882, S. 724 f. Vgl. *H. Nussbaum*, Unternehmer gegen Monopole, Berlin 1966, 36 ff. Bleibende Bedeutung gewannen die halbstaatlichen Korporationen als Rekrutierungsgremien für Funktionäre und Manager der späteren pressure groups; der langjährige CVDI-Geschäftsführer H. A. Bueck z. B. begann seine Karriere 1866 als Generalsekretär des Landw. Zentralvereins für Litauen und Masuren.

ausdrücklich erklärten Zielsetzung, politischen und parlamentarischen Druck ausüben zu wollen. An der Wiege dieser ersten *pressure groups* im engeren Sinn standen vor allem die Eisen- und Stahlindustrie und die Textilindustrie, neben anderen Organisationen im Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen im Rheinland und Westfalen (Langnamverein, 1871) und vor allem im Centralverband Deutscher Industrieller, der 1876 unter dem Vorsitz Karodorffs gegründet worden war;¹⁹ es gehörten aber auch Vertreter der getreidebauenden ostelbischen Großlandwirtschaft dazu, die endgültig aufgehört hatte, Exportwirtschaft zu sein und der die seit Beginn der Agrarkrise im Jahre 1873 kontinuierlich fallenden Getreidepreise erheblich zu schaffen machten.²⁰ Gemeinsam mit einer Reihe Industrieller gründeten sie 1876 die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, um »die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlicher Grundlage beruhenden Volkswirtschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen.«²¹ Die Stoßrichtung ihrer politischen Tätigkeit zugunsten einer Einschränkung des wirtschaftlichen Liberalismus ging vor allem gegen Regierung und Verwaltung, bezog aber das Parlament als einen entscheidenden Ort wirtschaftspolitischer Gesetzgebung erstmals in größerem Stil mit ein.

Zu dieser zweiten Gruppe gehören dem Typ nach auch der Bund der Industriellen (BdI) und der regional zunehmend einflussreiche Verband sächsischer Industrieller unter der Führung Stresemanns,²² die 1895 bzw. 1902 zur Vertretung der Interessen der exportintensiven, verarbeitenden und Fertigungsindustrie, die sich vom CVDI vernachlässigt fühlte, gegründet worden waren,²³

19 Zur Vorgeschichte, insb. der Gründung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Westen (1873), vgl. *H. Böhme*, Deutschlands Weg zur Großmacht, Köln 1966, S. 341 ff., 359 ff., 387 ff., sowie *J. Wunschuh*, Der Verein mit dem langen Namen, Berlin 1932; *H. A. Bueck*, Der Centralverband Deutscher Industrieller, 3 Bde., Berlin 1901 ff.; für die spätere Zeit: *H. Kaelble*, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft (CVDI 1895–1914), Berlin 1967.

20 Genaue Preisstatistiken in: *U. Teichmann*, Politik der Agrarpreisstützung. Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland, Köln 1955, S. 114 ff.; *H. Rosenberg*, Zur sozialen Funktion der Agrarpolitik im Zweiten Reich, in: Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969, S. 51–80.

21 Statut der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, zit. *W.v. Altröck*, Agrar. Bewegung, in: HSt I, Jena 1924⁴, S. 73; vgl. *F. Stephan*, Die zwanzigjährige Tätigkeit der Steuer- und Wirtschaftsreformer, Berlin 1900.

22 Vgl. *D. Warren, Jr.*, The Red Kingdom of Saxony: Lobbying Grounds for Gustav Stresemann, 1901–1909, The Hague 1964; zur Vorgeschichte *F. Miethke*, Die organisatorische Zusammenfassung der sächsischen Industrie bis zur Gründung des Verbandes sächsischer Industrieller, in: Veröfthl. d. Verb. sächs. Industrieller, Heft L, 1927.

23 Zum BdI vgl. *W. Wendlandt*, Die zehnjährige Tätigkeit des Bundes der Industriellen, in: Jahresbericht 1904/5, Berlin 1906; *Nussbaum*, Unternehmer. Zur Fülle der spezialisierten Zusammenschlüsse vgl. die Liste im Anhang bei *Nussbaum*, S. 226–239, sowie *R. Liefmann*, Die Unternehmerverbände (Kartelle, Konventionen), Freiburg 1897; Handbuch wirtsch. Vereine u. Verbände des Dt. Reiches, hg. v. Hansabund, Berlin 1913; *W. Kuhlemann*, Die Berufsvereine, Jena 1908.

sowie die zunächst miteinander konkurrierenden, erst 1913 fusionierten regionalen und zentralen Arbeitgeberverbände der beiden großen Industriesektoren²⁴ und eine ganze Reihe spezialisierter Vertretungen von gewerblichen und industriellen Produzenteninteressen. Auch die fränkischen und die katholischen Bauernvereine in Westfalen und im Rheinland können diesem Typus von *pressure group* als Sonderformen zugerechnet werden.

3. Der dritte Typ des Interessenverbandes im Wilhelminischen Reich ist vor allem charakterisiert durch seinen Appell an die Öffentlichkeit, die direkte und massive propagandistische Intervention bei den Parlamentswahlen und die zunehmende organisatorische und auch personelle Verfilzung mit den politischen Parteien sowie der Verbände untereinander. Der Prototyp dieser Kategorie und zugleich auch die wirkungsmächtigste, am straffsten organisierte und stärkste Organisation ist der Bund der Landwirte (BdL), der 1893 als oppositioneller Kampfverband gegen den Abbau der Schutzzölle im Zuge der Caprivischen Handelsvertragspolitik und mit dem Ziel gegründet wurde, möglichst langfristige institutionelle Sicherungen der ostelbischen Getreideproduzenten gegen die Folgen einer langandauernden strukturellen Fehlentwicklung und aktueller Konjunkturschwankungen durchzusetzen.²⁵ Wie der Bund der Landwirte waren auch die anderen Verbände, die in den 1890er Jahren und nach der Jahrhundertwende ins Leben traten, Produkte des sozialpolitischen Treibhausklimas des Wilhelminismus, so der Bayerische Bauernbund,²⁶ der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfenverband,²⁷ die Gruppen der Mittelstandsbewegung²⁸ wie auch die liberalen Gegenbewegungen im Handelsvertragsverein (1900), im

24 Als angesichts der Crimmitschauer Streiks vom Sommer 1903 offenbar geworden war, dass die älteren Arbeitgeberverbände (1878 Anhalt, 1896 Sachsen) mit harten Arbeitskämpfen nicht im Sinne der Unternehmer fertig wurden, gründete der CVDI am 8.1.1904 die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände; die Verbände der Fertigungsindustrie riefen daraufhin den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände ins Leben (23. VI. 1904). Beide fusionierten 1913 zur Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Vgl. *Warren*, Saxony, 40ff.; *R. Leckebusch*, Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden, Berlin 1966; *G. Kessler*, Die deutschen Arbeitgeberverbände (VSP 124), Leipzig 1907.

25 Vgl. *H. J. Puhle*, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967. Zur Vorgeschichte: *S. R. Tirrell*, German Agrarian Politics after Bismarck's Fall. The Formation of the Farmers' League, New York 1951.

26 Die Ambivalenz populistischer und bes. agrarischer Bewegungen zwischen Demokratie und Reaktion tritt in der Geschichte des BBB wesentlich deutlich zutage als bei dem interessenpolitisch und ideologisch weitaus stärker festgelegten BdL.

27 Vgl. *I. Hamel*, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der DHV 1893–1933, Frankfurt 1967.

28 Gemeint sind hier weniger die mitgliederstarken Verbände des neuen Mittelstandes (1911 über 800.000 in 62 Verbänden), deren politische Interessen weitgehend von den liberalen Parteien und vom Hansabund wahrgenommen wurden, als vielmehr die Organisationen des alten Mittelstandes, z.B. der Bund der Handwerker, Zentralverband Dt. Kaufleute

Hansabund²⁹ und Deutschen Bauernbund (1909). Eine Sonderform dieses dritten Typus stellen die reinen Agitationsvereine dar, allen voran die ideologische ›Holding Company‹³⁰ des Alldeutschen Verbandes (1890), der Deutsche Kriegerbund, die Kolonialgesellschaft (1882/87), der Ostmarkenverein (HKT), der Deutsche Flottenverein (1898), der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (1904) und viele andere.³¹ Nicht erfasst von dieser groben Typisierung werden diejenigen Verbände, deren Ziel die Emanzipation der Unterprivilegierten war, in erster Linie die Organisationen der Arbeitnehmer, vor allem die Zentralvereine der Freien Gewerkschaften³² sowie auch – mit Einschränkungen – der Volksverein für das katholische Deutschland als Basisorganisation der Zentrumspartei³³ und der im akademischen Raum beheimatete Verein für Sozialpolitik.³⁴

Das Spektrum der politischen Parteien ist nicht ganz so vielfältig wie das der pressure groups, dennoch weist es selbst dann, wenn man die kleinen Minderheitsgruppen in Preußen (Polen, Welfen, Dänen), die Elsässer sowie Antisemiten und Mittelständler, die sich kurzfristig als Parteien konstituierten, ebenso beiseitelässt wie die regionalen Sonderformen in manchen Einzelstaaten,³⁵ auch in der Beschränkung auf die sechs wichtigsten Gruppen eine erhebliche Spannweite auf: Der Begriff der politischen Partei umfasst dabei von der schlagkräftig organisierten und trotz der beginnenden Auseinandersetzungen um die Agrarfrage und den Revisionismus ideologisch noch monolithischen SPD auf der einen bis hin zum schwach organisierten Honoratiorenclub der

und Gewerbetreibender, die Mittelstandsvereinigungen in Hannover, Bayern, Sachsen und im Rheinland 1903–1905 und die Reichsdeutsche Mittelstandsvereinigung v. 1911. Vgl. *M. Biermer*, Mittelstandsbewegung, in: HSt VI, 1910³, S. 740 ff.

29 Vgl. die Berichte von *W. Bergius*, Der Handelsvertragsverein. Ein Rückblick auf die ersten drei Jahre seiner Tätigkeit, Berlin 1903, und *J. Riesser*, Der Hansabund, Jena 1912.

30 *E. Kehr*, Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda, in: ders., Der Primat der Innenpolitik (hg. v. H.-U. Wehler), Berlin 1965, 144.

31 Vgl. *A. Kruck*, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, 1890–1939, Wiesbaden 1954; *M. S. Wertheimer*, The Pan-German League, 1890–1914, New York 1924; *K. Saul*, Der ›Deutsche Kriegerbund‹. Zur innenpolitischen Funktion eines ›nationalen‹ Verbandes im kaiserlichen Deutschland, in: MGM, Jg. 2, 1969, S. 95–159; *A. Galos* u. a., Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein 1894–1934, Berlin 1966; *E. Kehr*, Schlachtfloottenbau und Parteipolitik 1894–1901, Berlin 1930, und die Beiträge in: *D. Fricke* u. a. (Hg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde., Leipzig 1968 u. 1970.

32 Vgl. *G. A. Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, Berlin 1963². Dort auch weitere Verweise.

33 Vgl. *E. Ritter*, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jh. und der Volksverein, Köln 1954.

34 Dazu *D. Lindenlaub*, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik, Beihefte 52/3 VSWG, Wiesbaden 1967.

35 Über die wichtigste der regionalen Parteien informiert die Studie von *K. Simon*, Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Stuttgart 1969.